

Vorbemerkungen:

Der Rhein-Sieg-Kreis ist zu 98% an der Rhein-Sieg-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (RSAG) beteiligt, weitere 2% werden von dem Zweckverband Rheinische Entsorgungskooperation Bonn/Rhein-Sieg (REK) gehalten, dessen Mitglieder die Bundesstadt Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis sind.

Erläuterungen:

Der Rhein-Sieg-Kreis hat Ende 2009 eine Schadensersatzzahlung der RSAG in Höhe von 19 Mio. Euro erhalten. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 11.12.2009 beschlossen, dass aus dem im Kreishaushalt bereits gebildeten Sonderposten für den Gebührenaussgleich in Höhe von 19 Mio. Euro in den kommenden Jahren Ausgleichszahlungen an die RSAG geleistet werden, um die Abfallgebühren für die Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Sieg-Kreises zumindest bis 2015 stabil zu halten. Über die Anlage der finanziellen Mittel sollte im Jahr 2010 entschieden werden.

Mit Schreiben vom 30.04.2010 hat die RSAG mitgeteilt, dass die im vom Aufsichtsrat beschlossenen Investitions- und Finanzplan 2010 enthaltenen Investitionsprojekte durch die Neuaufnahme von Darlehen finanziert werden sollen.

Die RSAG bitte um Prüfung, ob die Möglichkeit besteht, dass der Rhein-Sieg-Kreis der RSAG die hierfür erforderlichen Darlehen zur Verfügung stellt. Nach derzeitigem Planungsstand hat die RSAG einen Mittelbedarf in zwei Tranchen; einen sofortigen Bedarf in Höhe von rd. 7 Mio. € für verschiedene Investitionsprojekte (Bepflanzung und ökologische Infrastruktur der Hausmülldeponie Sankt Augustin, Umbaukosten Anlage in Troisdorf für den Umschlag von Papier/Pappe; Umbau der bisherigen Restmüllumschlagstelle in Troisdorf, u. a.) sowie in den Jahren 2011 und 2012 in Höhe von 11 Mio. Euro für den Bau einer Vergärungsanlage.

Die Verwaltung schlägt vor, der RSAG die erforderlichen Darlehen bis zu einem Gesamtvolumen von 19 Mio. Euro zu den jeweiligen marktüblichen Konditionen zu gewähren, soweit die aufgrund des Kreistagsbeschlusses vom 11.12.2009 geforderten Ausgleichszahlungen zur Gebührenstabilität gewährleistet sind. Die von der RSAG gezahlten Zinsen fließen als Ertrag dem Gebührenhaushalt zu.

Im Auftrag

(Ganseuer)

Zur Sitzung des Finanzausschusses am 18.05.2010